



## **1. Mai 2015 – Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung**

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD-SSP in Zug

Zum 125. Mal stehen Menschen heute am 1. Mai gemeinsam auf der Strasse, um für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte statt Ausgrenzung einzustehen. Erstmals 1890 folgten in der Schweiz und im übrigen Europa GewerkschafterInnen dem Ruf des internationalen ArbeiterInnenkongresses von Paris, den 1. Mai zum internationalen Tag der Arbeit auszurufen. Lautstark forderten die KollegInnen den 8-Stunden-Tag.

Der Kampf für gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Teilhabe wird seither auch in der Schweiz hart geführt. Wir haben viel erreicht: Vielerorts setzten wir den 8-Std-Tag, die 5-Tage-Woche, Ferien, höhere Löhne, mehr Arbeitssicherheit, Unfall-, Kranken-, Rentenversicherungen und Gleichstellung durch. Kurz: Die ArbeiterInnenbewegung erkämpfte mehr soziale Gerechtigkeit.

Aber auch 2015 sind wir noch längst nicht am Ziel. Im Gegenteil: Die Schweiz ist so reich wie noch nie. Alle ArbeiterInnen, Angestellte und RentnerInnen könnten gut leben. Würde die ausbezahlte Lohnsumme pro Jahr fair durch alle Arbeitenden verteilt, würde jede/r Lohnarbeitende Fr. 170'000 pro Jahr oder 14'000 im Monat verdienen! Ihr wisst, davon sind wir weit entfernt. Die soziale Ungleichheit nimmt zu und die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich ins Extreme: Laut der Oxfam-Studie werden 2016 weniger als 1% der Reichsten mehr Vermögen besitzen als die 99% Restlichen zusammen. Ein untolerierbarer Zustand.

Auch in der reichen Schweiz findet mit Hilfe einer gezielten Lohn- und Steuerpolitik der Bürgerlichen eine unglaubliche Umverteilung zugunsten der Reichsten statt. Dagegen sind 900'000 Menschen so arm, dass sie Hilfe benötigen – mit steigender Tendenz. Dagegen treten wir an.

Der SGB hat aufgezeigt: In den letzten 20 Jahren sind die Löhne der unteren und mittleren Einkommen in Relation zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten stagniert oder sogar gesunken. 330'000 Angestellte haben einen Lohn von nicht einmal Fr. 4'000 pro Monat. Die Saläre der obersten 10% Verdienenden dagegen sind um 20% und diejenigen des obersten 1% sogar um 40% gestiegen. Wir zählen heute viermal mehr Lohnmillionäre in der Schweiz als noch vor 15 Jahren; insgesamt 330'000 Millionäre – mehr als Sozialhilfeempfangende. Das Vermögen allein der 300 Reichsten betrug Ende 2014 589 Milliarden oder 589'000 Millionen Fr. und ist in nur einem Jahr quasi im Schlaf um 25 Milliarden oder 25'000 Millionen Fr. gewachsen (zum Vergleich: das Jahresbudget des Bundes beträgt ca. 64 Milliarden). Mit einem Brosamen des Vermögens wären die Kosten der 220'000 SozialhilfebezügerInnen bezahlt. Stattdessen wird eine schmutzige Missbrauchs-Kampagne gegen sie gefahren. Dagegen kämpfen wir an.

Immer mehr Menschen zählen zu den VerliererInnen. Ältere Arbeitnehmende oder nicht 100%-Leistungsfähige werden aus der Arbeitswelt in die Sozialhilfe abgedrängt und bezahlen später noch mit einer mageren Rente. Für junge Menschen wird es

schwieriger, in den Arbeitsmarkt rein zu kommen. Von Vollbeschäftigung sind wir weit entfernt. Lohndruck und Belastung am Arbeitsplatz steigen weiter, die Lohn-gleichheit stockt und die Sozialversicherungen sind unter Dauerbeschuss. Dagegen treten wir an.

Statt die Probleme anzugehen, sind bürgerliche Parteien, Wirtschaftsverbände und Arbeitgeber daran, die soziale Gerechtigkeit auszuhöhlen:

Zahlreiche Patrons nehmen den stark überbewerteten Franken zum Vorwand, ohne Not die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Sie führen illegale Eurolöhne ein, senken Löhne, lagern Arbeitsplätze aus, erhöhen die Arbeitszeit und begründen gar die Aussetzung der Lohn-gleichheit damit. Gegen diese „Frankenkrisengewinnler“ treten wir an.

Die berechtigten Nöte und Ängste der Menschen werden gezielt mit Ausgrenzungskampagnen bewirtschaftet: Gegen Sozialhilfe- oder IV-BezügerInnen, religiöse Minderheiten und vor allem AusländerInnen wird gehetzt. Sie werden zu Schuldigen gestempelt, während sich die Reichen weiter bereichern. Ausgrenzung und Diskriminierung schaden aber nicht nur den Betroffenen, sondern der ganzen Gesellschaft. Sie gefährden den sozialen Frieden und den Wohlstand. Dagegen treten wir an. □

Wir wissen sehr genau, dass der Wohlstand der Schweiz stark basiert auf dem enormen Einsatz unserer KollegInnen mit Migrationshintergrund. Deshalb ist für uns klar, auch nach dem 9. Februar 2014 stehen wir ein für die bilateralen Verträge mit Personenfreizügigkeit – ohne Lohndumping und ohne neuem Saisonierstatut. Wir kämpfen für gute Bedingungen für alle – grenzenlos!

Es ist der gute Service Public, der das Leben in der Schweiz angenehm macht: Eine gute Schulbildung und eine optimale Gesundheitsversorgung für alle, saubere Strassen und Parkanlagen, stets Strom, Trinkwasser direkt ab Wasserhahn, funktionierende Abfallentsorgung, Züge und Trams. Unsere engagierten KollegInnen in den Spitälern, in den Schulen, im Pflegeheim und bei der Strassenreinigung sorgen dafür, dass unser Zusammenleben funktioniert. Die Briefträgerin und der Lokführer, die Hortnerin und die Polizistin sorgen dafür, dass die Lebensqualität in der Stadt, in der Agglomeration, im Bergtal, in der gesamten Schweiz gut ist. Unabhängig vom Einkommen profitiert die ganze Bevölkerung in allen Regionen von einem starken Service Public. Die öffentlichen Dienstleistungen sind Basis der Chancengleichheit, sichern Arbeitsplätze und Wohlstand und garantieren Rechtssicherheit und ein Leben in Würde. Dafür stehen wir ein.

Der Service Public ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie und er ist gefährdet! In den letzten Jahren wurden Grossunternehmen und Reiche steuerlich grosszügig entlastet und schon liegt mit der Unternehmenssteuerreform III eine weitere massive Steuersenkung auf dem Tisch. Die fehlenden Steuern reissen grosse Löcher in die Staatskassen. Geantwortet wird von den Bürgerlichen mit wiederholten Sparprogrammen, und in fast allen Kantonen und Gemeinden werden aktuell Leistungen der öffentlichen Hand gestrichen oder gekürzt: Die Verbilligung der Krankenkassenprämien, Beiträge an Behindertenheime, die Subvention von Kinderbetreuungsplätzen, Spitex- und Rentenleistungen werden gekürzt, Schulklassen vergrössert, Stützunterricht oder Naturschutzprojekte gestrichen und das Personal gedrückt usw. Und immer mehr öffentliche Güter sollen nach dem Willen der Bürgerlichen privatisiert und damit nicht mehr für alle zugänglich werden. Dagegen kämpfen wir an.

Der Gipfel der Unverfrorenheit ist das TiSA-Abkommen. Die Doha-Runden stocken wegen dem berechtigten Widerstand der Länder des Südens. Das kümmert die reichen Industriestaaten nicht und sie verhandeln auf Initiative der mächtigen Konzerne seit 2012 in Genf unter aktiver Mitarbeit der Schweiz das neue Dienstleistungsab-

kommen TiSA (Trade in Services Agreement). Die plurilateralen Verhandlungen laufen ausserhalb demokratischer Strukturen und in völliger Geheimhaltung. Insbesondere der Service Public wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser, Strom, öffentlicher Verkehr usw. soll dem globalen Markt geöffnet werden. Damit wären ein qualitativ guter Service Public für alle nicht mehr gesichert und der Zugang zu lebenswichtigen Gütern vielen Menschen verwehrt. Diesen Rückschritt lassen wir nicht zu. Der Widerstand gegen das gefährliche TiSA-Abkommen formiert sich. Zur Erinnerung: Vor 10 Jahren hat der weltweite Protest – auch aus der Schweiz – zur Blockade der GATS-Verhandlungen geführt. KollegInnen, schliesst Euch an. Folgt Carouge, der ersten TiSA-freien Stadt der Schweiz und erklärt Zug trotz oder gerade wegen Euren Multis zur TiSA-freien Zone!

Wir brauchen in den kommenden Jahren nicht weniger Service Public, sondern mehr: Die Bevölkerung wird älter, die Einkommensunterschiede nehmen zu, wir müssen den öffentlichen Verkehr ausbauen und den Klimawandel bewältigen. Auch die Privatwirtschaft verlässt sich auf die Qualität des Service Public und braucht gute Infrastrukturen, Sicherheit, Rechtssicherheit, ein hervorragendes Bildungswesen, gute Sozialversicherungen und eine gute Gesundheitsversorgung. Also Schluss mit Steuersenkungen und Sparprogrammen, dafür mehr Respekt und Wertschätzung für die KollegInnen im öffentlichen Dienst!

Soziale Gerechtigkeit ist das Gebot der Stunde. Ein qualitativ guter Service Public, gute Löhne und Renten, gute Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze für alle und Lohngleichheit zwischen Mann und Frau sind in der Schweiz möglich. Es ist eine Frage des Willens und der Kräfteverhältnisse.

Deshalb fordern wir lautstark: Gute Löhne, Arbeitsbedingungen und Renten für alle, faire Steuern wie die Erbschaftssteuer und JA zu AHV+. Wir lassen uns nicht in wenigen Jahren zerstören, was unsere Vorfahren aufgebaut haben. Dabei geht es nicht nur um die Bewahrung des Erreichten, sondern um dessen Weiterentwicklung, unabhängig von der Herkunft und jenseits der nationalen Grenzen. Wir fordern eine gerechte, solidarische, diskriminierungsfreie und offene Schweiz. JA zu sozialer Gerechtigkeit, JA zu Menschenrechten für alle statt Ausgrenzung hier in Zug und weltweit!